

Armin Puller

---

## Grenzen der postblairistischen Konstellation Das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie befindet sich in Europa gegenwärtig in einer politischen und ideologischen Existenzkrise, die mitunter ihre Identität, ihre Repräsentationsbeziehungen, die Programmatik, politische Praxis sowie ihre Organisationsweise umfasst. Die Indikatoren des Niedergangs sind so offensichtlich, dass sie nicht gesondert erwähnt werden müssen. Ihre Kulmination lässt es zunehmend zweifelhaft erscheinen, ob die Sozialdemokratie noch über ausreichend Ressourcen für eine weitere Erneuerung verfügt. Die Sozialdemokratie für tot zu erklären, ist inzwischen ein eigenes Genre der Politikwissenschaft geworden. Bereits in den 1980er Jahren bescheinigten unabhängig voneinander Ralf Dahrendorf und Adam Przeworski der Sozialdemokratie, sich überlebt zu haben. Dahrendorf (1983) betrachtete das sozialdemokratische Programm der sozialen Zählung des Kapitalismus als erfüllt und abgeschlossen; Przeworski (1985) konstatierte, dass sich die von der Sozialdemokratie gebildete Allianz aus ArbeiterInnenklasse und Mittelschichten wegen zunehmend divergierender Interessen langfristig nicht aufrechterhalten werde lasse. Damals erwiesen sich beide Prognosen als falsch, denn Ende der 1990er Jahre erlebte die Sozialdemokratie einen neuen Aufschwung. Paradoxerweise gerät die Sozialdemokratie nun, mehr als dreißig Jahre später, doch in die Krise – just zu einem Zeitpunkt, da die Verbindung von Kapitalismus, Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit wieder auseinanderbricht und ein Mitte-Unten-Bündnis angesichts gemeinsamer Erfahrungen und Ängste sozialen Abstiegs plausibler und notwendiger denn je wäre.

Innerhalb der Sozialdemokratie gibt es gegenwärtig durchaus Beispiele für erfolgreiche Erneuerungsprozesse. In den (wenigen) Ländern, in denen sich die Sozialdemokratie behaupten kann, wie etwa im Vereinigten Königreich oder in Portugal, werden die Ursachen des Niedergangs teils darauf zurückgeführt, dass sich die Sozialdemokratie sukzessive von einer angemessenen Adressierung und Politisierung der sozialen Frage verabschiedet hat. Dagegen wird ein Kurswechsel beworben, der mit den Parteiprojekten der „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey 2009) bricht und eine soziale Alternative ins Zentrum stellt. Ob dieser Weg langfristig soziale Transformationen befördern kann, ob er sich innerhalb der

jeweiligen Parteien halten kann, ob er angesichts jeweils besonderer Umstände auf andere Länder und Parteien adaptierbar ist, lässt sich nicht vorhersehen.

Der vorliegende Beitrag widmet sich nicht den positiven Beispielen politischer Erneuerung, sondern vielmehr der Frage, warum diese Erneuerung in der Sozialdemokratie bislang ausbleibt: Was sind die Bedingungen und Ursachen einer politischen Strategie, die ihren eigenen Niedergang nicht zu überwinden in der Lage ist? Durch welche politische Strategie zeichnet sich die gegenwärtige Sozialdemokratie überhaupt aus und wie lässt sie sich erklären? Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Einschätzung der Lage der Sozialdemokratie in Europa, welche die gegenwärtige politische Strategie als von einem postblairistischen Kurs bestimmt sieht, soll die Lage der österreichischen Sozialdemokratie (SPÖ) diskutiert werden. Basierend auf einem besonderen „historischen Kompromiss“ in der österreichischen Nachkriegsgeschichte hat die SPÖ eine einzigartige Rolle als Regierungspartei gespielt. Nicht zuletzt aufgrund einer verschobenen politökonomischen Dynamik Österreichs im Zuge der Krise des Fordismus und des Aufstiegs des Neoliberalismus hat die SPÖ eine vergleichsweise moderate Erneuerung durchgemacht. Erst in den letzten Jahren scheint sie in eine tiefe Krise geraten zu sein, die sie in ihrer politischen Existenz bedroht.

## Blairismus als Ursache der Krise der Sozialdemokratie?

Als die Sozialdemokratie Ende der 1990er Jahre in 13 von 15 EU-Ländern in Regierungsverantwortung war – davon nur in zwei als Juniorpartner und in vielen Ländern nach langer Zeit der Opposition –, war sie von einer theoretischen und praktischen Ideologie geleitet, die als „Dritter Weg“ (zwischen keynesianischem Staatsinterventionismus und Marktradikalismus) bezeichnet wurde (vgl. Giddens 1998). Die ausführlichsten strategischen Überlegungen und Debatten fanden hierzu in der britischen Labour Party unter Tony Blair statt und konnten auch Strahlkraft auf viele andere Sozialdemokratien entfalten.<sup>1</sup> Der Blairismus war eine Strategie, die einen Bruch mit der traditionellen Sozialdemokratie betonte und die Parteien auf den Markt als primäres gesellschaftliches Organisationsprinzip ausrichtete, auf den Leistungs- und Wettbewerbsstaat sowie auf die Mittelschichten als vorgeblich entscheidende soziale Basis. Bezugspunkte der

---

1 Auch wenn der „Dritte Weg“ in Form verschiedener länder- und parteispezifischer Varianten existierte, haben die meisten sozialdemokratischen Parteien Europas ähnliche Wandlungen wie die britische Labour Party vollzogen. Der dem britischen Kontext entstammende Ausdruck des Blairismus bietet sich als allgemeine Phasenbezeichnung an, da er die elaborierteste und konsistenteste Variante bildete.

traditionellen Sozialdemokratie, wie etwa der keynesianische Staatsinterventionismus, Umverteilung und Vollbeschäftigung oder starke Verbindungen zu Gewerkschaften, wurden tendenziell aufgegeben. Stattdessen setzte die „neue Sozialdemokratie“ auf Führungsmodelle des Managerialismus nach innen und politisches Marketing, das einen Bruch mit der eigenen Vergangenheit und einen neuen Stil betonte, nach außen.

Der Blairismus brachte hybride Parteiprojekte hervor, die sozialdemokratische Anliegen in verschobener Weise und unter Dominanz einer neoliberalen Agenda zum Ausdruck brachten (Hall 2014b: 166; Finlayson 2009: 13). Innerparteilich waren sie begleitet von Debatten darüber, ob Wahlerfolge die defensive Anpassung an die Regierungspraxis des Neoliberalismus rechtfertigen können oder nicht vielmehr die Identität der Sozialdemokratie gefährdet werde. In der durch den Corbynismus geprägten Labour Party der Gegenwart wird diese Frage mittlerweile recht eindeutig beantwortet: Vielfach gilt der Blairismus als wesentliche Ursache der Krise der Sozialdemokratie. So kann er doch als politisches Projekt gesehen werden, „die Hinterlassenschaften des Thatcherismus als ökonomisch und politisch unumkehrbare *faits accomplis* zu verwalten“ (Jessop 2018: 101) bzw. als Strategie, der Labour Party den Thatcherismus aufzuzwingen (Jones 2011: 252). Simon Hannah (2018: 202, Übers.: A.P.) spricht vom Blairismus als „Maßnahmenpaket, das darauf angelegt ist, die Verbindung der Partei zur Arbeiterklasse zu untergraben und schließlich abzuschneiden, um den Bedürfnissen der globalen Eliten besser entsprechen zu können.“

Die Analyse des Blairismus als Verlängerung des Thatcherismus mag zwar einige überzeugende Argumente liefern, ist letztlich jedoch verkürzt. Erstens zeigen Untersuchungen der Regierungspraxis sozialdemokratischer Parteien während der blairistischen Phase durchaus Differenzen zu vorangegangener neoliberaler und neokonservativer Regierungspraxis auf (Merkel u.a. 2008). So wurden etwa im Vereinigten Königreich unter den Blair-Regierungen 1997 bis 2007 zwar nur wenige Maßnahmen der Umverteilung umgesetzt, aber doch ein Mindestlohn eingeführt und Armut bekämpft. Auch unter den Schröder-Regierungen 1998 bis 2005, von denen heute vor allem die Politik der Agenda 2010 in Erinnerung ist, wurden Maßnahmen der Liberalisierung und Deregulierung von Arbeitsverhältnissen aus der Zeit der Kohl-Regierungen zurückgenommen oder etwa das Betriebsverfassungsgesetz im Sinne der Stärkung betrieblicher Mitbestimmung novelliert. Auch wenn deutliche Konvergenzen zwischen Blairismus und Neoliberalismus bestehen, muss berücksichtigt werden, dass die Sozialdemokratie selbst in ihrer blairistischen Phase eine Partei der organisierten ArbeiterInnenschaft und der Gewerkschaften bildete (Nachtwey 2009: 247) und nicht einfach die Interessen von Vermögensbesitzenden und des Privateigentums zu befördern beabsichtigte. Der Blairismus ist nicht identisch mit der Strategie der neoliberalen

Offensive gegen die ArbeiterInnenklasse, sondern repräsentierte eine besondere, nämlich defensive Form des Kompromisses mit dieser. Die Hybridität des Blairismus umfasst neben Kontinuitäten auch Diskontinuitäten mit dem Neoliberalismus. Um eine solche Unterscheidung bemüht sich etwa die Periodisierung des britischen Neoliberalismus von Alexander Gallas (2016: 280ff.). Diese zeigt auf, dass der Blairismus zwar im Bereich der Ordnungspolitik den marktwirtschaftlichen Autoritarismus des Thatcherismus fortführte, jedoch dessen auf Spaltung und Repression beruhende Klassenpolitik durch eine inklusivere und konsultativere Politik ersetzte.

Zweitens ist zu bedenken, dass der Blairismus eine Vorgeschichte hat. Er ist den sozialdemokratischen Parteien nicht einfach von charismatischen Führungspersonen wie Tony Blair, Gerhard Schröder oder Göran Persson aufgezwungen worden, sondern beruhte auf Tendenzen, die sich spätestens in den 1980er Jahren bemerkbar machten. In unterschiedlicher Weise wendeten sich bereits damals sozialdemokratische Parteien nicht nur angebotsseitigen Wirtschaftspolitiken zu, sondern auch dem makroökonomischen Ziel der Inflationsbekämpfung, Budgetkonsolidierung, Austeritätspolitik sowie Maßnahmen der Rekommodifizierung der Arbeitskraft und der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten (Kitschelt 1994; Sassoon 2010: 730ff.). Was der Blairismus daher leistete, war weniger, die Verschiebung der Sozialdemokratie einzuleiten als vielmehr, eine bereits eingeleitete (defensive) Transformation in Form einer neuen Identität ideologisch kohärent zu machen und die zunehmend erodierte Einheit der Parteiteile mittels einer neuen Strategie wiederherzustellen.

Den Blairismus als Auslöser oder Ursprung der Krise der Sozialdemokratie zu sehen, scheint die Analyse seiner Bedeutung sowie der zugrundeliegenden Ursachen des sozialdemokratischen Parteiwandels eher zu verdecken als zu beleuchten. Zudem suggeriert diese Position die Option, dass eine einfache Rückkehr zu traditionellen Strategien politisch möglich ist, ohne die Geschichte der Krisen der Parteiprojekte der traditionellen Sozialdemokratie zu berücksichtigen (wie etwa das Scheitern von Mitterrands Projekt des „Keynesianismus in einem Land“ in Frankreich 1981 bis 1983; vgl. Schneider 2017: 156ff.). Die tieferliegenden Krisenursachen der Sozialdemokratie zu entschlüsseln, bedeutet, eine Antwort auf das Paradoxon zu finden, warum diese eine Strategie eingeschlagen hat, die in der wesentlichen Stoßrichtung die Lebensverhältnisse ihrer traditionellen sozialen Basis weitestgehend nicht oder kaum verbesserte, diese Basis deshalb demobilisierte und Mitglieder wie FunktionärInnen demoralisierte.

In der Politikwissenschaft können für die genannten Prozesse drei große Erklärungsmodelle identifiziert werden, die jeweils verschiedene Mechanismen in den Blick nehmen. Politökonomische Ansätze erklären (aus unterschiedlichen theoretischen Problematiken heraus) den Parteiwandel über den Zusammenbruch

der fordistischen Bedingungen des sozialdemokratischen Zeitalters: Globalisierungsprozesse haben nationale sozialpartnerschaftliche Kompromisse sowie die klassischen Instrumente keynesianischer Nachfragepolitik unterminiert und zudem zu einer Schrumpfung und politischen Marginalisierung der Kernschicht der Industriearbeiterschaft geführt (Kitschelt 1994; Merkel u.a. 2008; vgl. Wannöffel in diesem Band). Hegemonietheoretische Erklärungen verstehen den Transformationsprozess als eine Internalisierung der thatcheristischen Logik der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik. Als Anpassungsreaktion auf die Hegemonie des Neoliberalismus wurde die Politik sozialer Gerechtigkeit dem Markt überantwortet, der neue sozialdemokratische Diskurs in die postpolitische Vision einer Welt ohne politische Interessensauseinandersetzung eingeschrieben und traditionelle kollektive Identitäten zurückgewiesen (Hall 2014a; Mouffe 2018: 29ff.). Eine dritte Erklärung (etwa Walter 2010: 18ff.) behandelt aus Perspektive des historischen Institutionalismus die sozialstrukturellen Veränderungen der Parteibasis, die durch die verschobenen Kontexte in Gang gesetzt wurden: Basierend auf der Erosion der ArbeiterInnenklasse rekrutierten sich FunktionärInnen und Parteiführungen zunehmend nicht mehr aus den traditionellen Parteimilieus, sondern aus AufsteigerInnen in neuen ökonomischen Sektoren und aus dem öffentlichen Dienst. Da diese stärker in bürgerlichen Lebenswelten beheimatet und nicht gegen neoliberale Narrative immunisiert sind, sind ihre Kapazitäten zur Repräsentation und Herstellung eines tragfähigen Bündnisses zwischen den auseinanderdriftenden Teilen der ArbeiterInnenschaft sehr beschränkt.

Alle drei Erklärungsmodelle sind sehr wertvoll und zeigen auf, dass Parteien in einem Kontext operieren, an dessen Existenz sie zwar mitwirken, den sie aber nicht allein bestimmen können. Sie verdeutlichen, dass die Ursachen der Transformation der Sozialdemokratie mit den Krisenerscheinungen des Fordismus sowie den strukturellen Beschränkungen und strategischen Dilemmata des Postfordismus verbunden sind. Aus dieser Perspektive erscheint der Blairismus nicht als Ursache, sondern als Ausdruck einer Krise, die sich spätestens in den 1970er Jahren zusammenbraute. Zugleich bleibt bei den Erklärungen offen, warum sich gerade der Blairismus durchsetzen konnte, nicht aber eine andere Strategie. Hierfür muss eine andere Perspektive eingenommen werden, die Parteien ausgehend von ihrer Strategiefähigkeit und ausgehend von Parteiprojekten<sup>2</sup> versteht. Als Parteiprojekt betrachtet ist der Blairismus nicht nur Ergebnis der exogen gene-

---

2 Den Begriff des Parteiprojekts verwende ich als einen Begriff strategisch-relationaler Analyse, der sich auf ein parteipolitisches Projekt der Herstellung von innerorganisatorischer Einheit zwischen Parteiteilen, ideologischer Konsistenz der Programmatik, eigenständiger politischer Identität im Wettbewerb mit anderen politischen AkteurInnen sowie Kohärenz von politischer Praxis und Identität bezieht.

rierten Schwächung der traditionellen Sozialdemokratie, sondern als Versuch zu verstehen, in den Parteien nach innen und außen Stabilität und Geschlossenheit hinsichtlich eines politischen Projekts herzustellen. Wenngleich sie die Identität der Sozialdemokratie fragil und brüchig machten, schafften es die blairistischen Parteiprojekte zumindest kurzzeitig, Stabilität zu erzeugen: Mit Signifikanten wie „neue Mitte“, „radical centre“, „Olivenbaum“ und „Modernisierung“ kam die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb aus der Defensive und konnte selbstbewusst klare Botschaften formulieren. Dabei verschafften die Parteiprojekte den Parteiführungen eine neue Autonomie, wie sie für Volksparteien unüblich war, die von komplexen Parteistrukturen, Gremienarbeit und Traditionen geprägt sind (Moschonas 2001: 237f.): Die Schwächung sozialdemokratischer Identität ermöglichte Parteiführungen Manövrierraum, befreite sie von alten politischen wie ideologischen Verbindlichkeiten und machte sie in der Medienkommunikation und in Wahlkämpfen taktisch flexibler. Der wesentliche Gewinn des Blairismus war es, die Kluft zwischen sozialdemokratischer Ideologie und realer politischer Praxis durch eine Minimierung der allgemeinen Erwartungen an sozialdemokratische Regierungsprojekte zu überbrücken (Bailey 2009: 94): Die Anpassung an die neuen Kontexte bestand in der Auffassung, dass die Ansprüche der eigenen traditionellen sozialen Basis zu limitieren seien, um diese weiterhin repräsentieren zu können.

## Die postblairistische Konstellation

Krisenerscheinungen der blairistischen Strategie machten sich rasch in inneren Widersprüchen der politischen Praxis, innerparteilichen Konflikten, vor allem mit den Gewerkschaftsflügeln, und in Mobilisierungsproblemen bemerkbar. Schlussendlich scheiterten die blairistischen Parteiprojekte an Wahlniederlagen. Für die Strahlkraft des Blairismus waren insbesondere die Niederlagen der SPD 2005 und 2009 sowie von New Labour 2010 gravierend. Neben den in der Parteipolitik üblichen Einschätzungen über Kommunikationsprobleme, denen zufolge die Reformdiskurse zu einseitig geführt und von den Wählenden nicht oder missverstanden wurden, wurden in beiden Parteien auch zwei weitere Probleme thematisiert: der Zusammenbruch der Repräsentationsbeziehungen zur eigenen traditionellen sozialen Basis sowie Schwächen in der Konzeption sozialer Gerechtigkeit. Beide Probleme waren recht offensichtlich: (1) Die Wahlniederlagen beider Parteien waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass vor allem ArbeiterInnen die Gefolgschaft verweigerten. Labour verlor zwischen 1997 und 2010 etwa 5 Millionen Stimmen, wobei ArbeiterInnen bereits bei der Wahl 2001 vermehrt zu Hause blieben. 2005 blieben dann auch die Stimmen der unteren

Mittelschichten aus. 2010 wählten weniger als 30 Prozent der ArbeiterInnen Labour und fast die Hälfte blieb der Wahl fern (Evans/Tilley 2017: 149, 174). Die SPD, die 2009 auf 23 Prozent abrutschte und sich im Vergleich mit 1998 stimmenmäßig halbierte, verzeichnete ähnliche Entwicklungen: 1998 wählten sie noch 48 Prozent der ArbeiterInnen, 2005 dagegen nur mehr 37 Prozent und 2009 nur noch 25 Prozent (Alemann 1999: 51; Alemann/Spier 2011: 67). (2) Für die Regierungszeiten von New Labour und der SPD lässt sich zeigen, dass strukturelle soziale Ungleichheit auf einem hohen Niveau beibehalten oder gar verstärkt wurde und sich die Schere von Armut und Reichtum vergrößert hat. Im VK nahm die Ungleichheit trotz erfolgreicher Maßnahmen gegen Altersarmut und Armut bei kinderreichen Familien zu, weil einerseits Armutsverhältnisse bei anderen Gruppen zugenommen haben und andererseits große Einkommen und Vermögen rasant gestiegen sind (Joyce/Sibieta 2013). Die Entwicklungen in Deutschland sind ähnlich, wobei gerade die Agenda 2010 ein neues „rigides Armutsregime“ (Butterwegge 2015) durchgesetzt hat.

Von den Parteiführungen wurden diese Probleme im Zuge von strategischen Suchprozessen offensiv diskutiert. Bei Labour bemühte sich bereits Gordon Brown, der 2007 als Regierungschef eingewechselt wurde, um eine Kurskorrektur. Diese umfasste vor allem eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen sowie die Selbstverpflichtung, arbeitende Menschen wieder zurückzugewinnen. Als die Partei 2010 in Opposition gehen musste, übernahm Ed Miliband den Parteivorsitz. Er wurde am wenigsten mit dem Blairismus identifiziert und von den Gewerkschaften gegen die Parlamentsfraktion durchgesetzt. Seiner Einschätzung nach, so ein wiederkehrendes Thema seiner Reden, müsse sich Labour verändern: Marktprozesse seien während der Regierungszeit zu optimistisch bewertet und die realen Lebensverhältnisse niedriger und mittlerer Einkommensbeziehender zu wenig berücksichtigt worden (Miliband 2011). Ganz ähnliche Schlüsse zog Sigmar Gabriel, der für die Regierungszeit der SPD das Aufkommen eines „Neofeudalismus“ (Gabriel zit. n. Walter 2010: 93f.) konstatierte, in dem die soziale Spaltung und Einkommenspolarisierung zugenommen hat, Armut nicht ausreichend bekämpft und soziale Mobilität eingeschränkt wurde. Diese Einschätzungen, noch dazu aus den Parteiführungen selbst, versprachen eine tiefgreifende Kurskorrektur.

Nach den Wahlniederlagen und während ihrer Zeit in der Opposition widmeten sich die Labour Party und die SPD der Bearbeitung der Probleme. Diese gliederten sich in drei Bereiche: Evaluation der Programmatik, insbesondere des Verständnisses sozialer Gerechtigkeit, Entwicklung neuer populärer Politiken als Reaktion auf gesellschaftliche Missstände sowie Modernisierung des Parteiapparats und Öffnung der Partei. Dabei zeigen sich gemeinsame Muster. Im Bereich der Programmatik der sozialen Gerechtigkeit war vor allem Labour um eine neue

Definition bemüht, die sich vom Blairismus abhob. Hierbei wurde einerseits an Konzeptionen der „relationalen Gleichheit“ angeschlossen, die sich in republikanischer Tradition auf Themen der Zugehörigkeit und Identität beziehen, andererseits an das Konzept der „pre-distribution“, das auf Marktregulierungen setzt (Goes 2016: 98ff.). Die Konzepte ermöglichten eine Verschiebung des politischen Selbstverständnisses, ohne dabei den starken blairistischen Parteiflügel vor den Kopf zu stoßen und eine Rückkehr zu Old Labour nahezulegen. Inwieweit soziale Gerechtigkeit mit Umverteilung einhergehen sollte, wurde in den Debatten offengelassen. In der SPD erzeugten die Agenda 2010 und die Parteiabspaltung der WASG bereits unter der Großen Koalition 2005 bis 2009 großen Druck, das eigene Selbstverständnis zu klären. Im Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 wurde das Leitbild des „vorsorgenden Sozialstaats“ entwickelt, das ein Gegenmodell zur Politik der Agenda 2010 suggerierte, zugleich jedoch genügend Spielraum für verschiedene Interpretationen lies und daher die Einheit zwischen zerrissenen Parteiteilen gewährleistete. Es beruht in erster Linie auf einer „semantischen Retraditionalisierung“ und „retronnormativen Integration der Parteibasis“ (Nachtwey 2009: 232), sodass weniger die Klärung der eigenen Ausrichtung als die Parteikohäsion gesichert wurde. Darüber scheint die Debatte bis dato zumindest nicht hinausgekommen zu sein, wie die schwierige Positionsfindung in der SPD zur Politik der Agenda 2010 bis heute aufzeigt.

Es fällt des Weiteren das Bemühen auf, populäre Maßnahmen zu erarbeiten, mit denen die Parteien als Ersatz für eine klare Identität im politischen Spektrum Bekanntheit und Zustimmung erlangen können. Unter Miliband drückte sich dieses Bestreben etwa in Forderungen nach einem Preissteigerungsstopp auf Energiepreise sowie einzelne Rückverstaatlichungen öffentlicher Dienstleistungen aus. Bei der verlorengegangenen Wahl 2015 waren sie Kernpunkte des Wahlkampfes, konnten aber trotz ihrer Popularität nicht in ein überzeugendes Narrativ integriert werden und verblieben innerparteilich ohne ideologische Fundierung. Für die SPD nahm die Forderung des Mindestlohns eine wichtige Rolle ein, der in der dritten Großen Koalition 2013 bis 2017 auch umgesetzt wurde. Der Mindestlohn sollte Lohngerechtigkeit herstellen und innerparteilich wurde er mitunter auch als Korrektiv zur unter Schröder durchgeführten Stärkung des Niederlohnssektors. Aber auch er war letztlich nicht in ein übergreifendes Narrativ eingebettet. Bezogen auf die Öffnung der Parteien wurden organisatorische Strukturreformen angedacht und eingeleitet, die vor allem der Stärkung der individuellen Mitglieder dienen sollten. Größere Beteiligungsverfahren, so die Stoßrichtung, könnten verkrustete Strukturen aufbrechen, das Image verjüngen und dynamisieren, den Mitgliederverlust stoppen oder gar umkehren. Bei Labour wurde das System „One Member, One Vote“ ausgeweitet, da aufgrund der Abschaffung geblockter repräsentativer Stimmabgaben den Nebeneffekt der

Stärkung der Parteiführung auf Kosten gewerkschaftlichen Einflusses auf die Parteipolitik hatte. In der SPD wurden für Koalitionsverträge Mitgliedervoten eingeführt (so geschehen 2013 und 2018). In beiden Fällen gliederten sich die Beteiligungsverfahren in Kommunikationsformen ein, die einen direkten Draht der Parteiführungen zu den Mitgliedern etablierten, unter Ausklammerung der mittleren Parteistrukturen, welche die FunktionärInnen und AktivistInnen organisieren. Effektiv verschaffte dies den Parteiführungen Legitimation für ihre jeweiligen Vorhaben.<sup>3</sup> Dies verdeutlicht, dass die Logik der verstärkten Partizipation nicht notwendigerweise zu intensiverem politischem Dialog führt.

Die strategischen Suchprozesse bei Labour zwischen 2010 und 2015 sowie in der SPD seit Ende der 2000er Jahre zeigen ein Muster auf, das sich auch bei anderen sozialdemokratischen Parteien wiederfindet. Sie belegen, dass in sozialdemokratischen Parteien Erneuerungen stattgefunden haben, die sie vom Blairismus unterscheiden: Soziale Spaltung und Ungleichheit wird als Thema prominent aufgegriffen. Dabei wird soziale Gerechtigkeit nicht mehr wesentlich als durch Politiken herstellbar betrachtet, die mit Politiken der nationalen Standorticherung identisch sind, sondern auch davon unabhängig, etwa als Marktregulierung, gedacht. Die Orientierung auf gesellschaftliche Mittelschichten ist kein wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Rhetorik mehr, wenngleich dies nicht zur Identifikation klarer Adressaten der eigenen Politik geführt hat. Zudem werden Mitglieder als eine Ressource im politischen Wettbewerb gesehen und aktiv einbezogen. Auch sind in den dominanten Koalitionen in den Parteiführungen wieder mehr GewerkschaftsrepräsentantInnen vertreten, wenngleich Gewerkschaftsanliegen dadurch nicht unbedingt gestärkt wurden. Trotz dieser offensichtlichen Unterschiede gibt es auch viele Gemeinsamkeiten mit dem Blairismus. Diese bestehen vor allem in einem Bekenntnis zur Priorität der Sicherung und Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Distanz zu klaren Politiken der Umverteilung und Eingriffen in die Eigentums- und Produktionsverhältnisse oder etwa in der Überbetonung von Bildungsreformen als Hebel für die Herstellung von Chancengleichheit und Stärkung sozialer Mobilität für Leistungsstarke. Es ist daher durchaus angebracht, die gegenwärtige Strategie der meisten sozialdemokratischen Parteien als Postblairismus zu bezeichnen, mit der die Sozialdemokratie in eine neue Phase ihrer Identität eingetreten ist.

---

3 Im Falle von Labour kam es bei der Vorsitzendenwahl 2015 aufgrund mehrerer Zufälle zu einer Situation, in der die Parteiführung die Kontrolle über diesen Prozess verlor und mit Jeremy Corbyn jemand vorgeschlagen wurde, der mit Unterstützung einer breiten Mobilisierung außerhalb der Partei in weiterer Folge eine Erneuerung jenseits des Postblairismus einleitete (Seymour 2017).

Wie schon der Blairismus umfasst der Postblairismus eine hybride Identität. Diese kombiniert im Kern blairistische Elemente mit neuen, aber leeren Bezügen zu Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, politischem Moralismus und humanistischen Werten und produziert damit eine Ambivalenz, die aufgrund der Unvereinbarkeit beider Logiken gar keine konsistente Ideologie mehr hervorzubringen vermag. Der Postblairismus dreht sich im Wesentlichen darum, die mit den erkannten Blindstellen verbundene Krise der Reproduktion bisheriger Parteiprojekte zu lösen, ohne dabei an zentralen Parametern des Blairismus grundsätzlich etwas zu verändern. Sein Schwerpunkt ist nach innen auf die Parteiorganisation und auf verbliebene Kernwählende gerichtet und bemüht sich um die Kohäsion auseinanderbrechender Parteiteile, die mit einer Rhetorik der sozialen Gerechtigkeit und der Erinnerung an vergangene Größe vereint werden sollen. Indem er jedoch keine überzeugende Erklärung über das eigene Scheitern anzubieten in der Lage ist, kaum gesellschaftliche Transformationspotentiale benennen und kein hegemoniefähiges politisches Projekt formulieren kann, verfügt der Postblairismus letztlich über keine Kapazitäten zur Herstellung stabiler Parteienverhältnisse. Nicht nur lässt die gegenwärtige europäische Sozialdemokratie daher nach außen Ambition, Vision und die soziale Basis für eine Erneuerung vermissen, sie zeichnet sich zudem durch große Instabilität immer neuer prekärer und kurzfristiger Parteiprojekte aus. Die Instabilität dieser Parteiprojekte drückt sich in fortwährenden Konflikten in den dominanten Koalitionen der Parteiführungen und rascheren Wechseln von Vorsitzenden und SpitzenkandidatInnen aus. Die Parteiprojekte selbst unterscheiden sich dahingehend, welche Strategien der Wiedergewinnung von ArbeiterInnenmilieus sie an den Tag legen (etwa: Annäherung an sozialkonservative Positionen der politischen Rechten versus Verteidigung sozialer Wohlfahrt) und welche Signifikanten und Bezugspunkte für das Kernthema der sozialen Gerechtigkeit sie wählen (etwa: Chancengerechtigkeit, steuerliche Entlastungen oder symbolische Reichensteuern).

## Die SPÖ als Sonderfall des Blairismus

Die SPÖ unterscheidet sich von anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa durch eine Reihe von historischen politökonomischen Besonderheiten (Merkel 1993: 244ff.; Sassoon 2010: 470ff.): Erstens hat die Nachkriegssituation einen stabilen Klassenkompromiss ermöglicht, mit einem der größten öffentlichen Sektoren Europas, einer zentralisierten Lohnpolitik, einem sehr hohen Organisationsgrad bei Parteien und Gewerkschaften und einer binären Monopolisierung der Interessen von öffentlichem Dienst, Landwirtschaft und Arbeitgeberseite bei der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sowie der Interessen

von ArbeiterInnenschaft und Gewerkschaften bei der SPÖ. Eine lange und stabile Sozialpartnerschaft sorgte für die Sublimierung des ökonomischen wie politischen Klassenkampfes in einem System gesetzlicher Vertretungen der Beschäftigten und der Unternehmen. Die mit ihr verbundene neokorporatistische Aufteilung der Staatsmacht ist vielfach bis heute wirksam. Zu ihren Ergebnissen zählen eine lange Phase der Vollbeschäftigung bis Anfang der 1980er Jahre und eine moderierte Transformation im Zuge einer verzögerten Krise des Fordismus.

Zweitens war die SPÖ mit Ausnahme der ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1970 und den schwarzblauen Regierungen 2000 bis 2006 sowie 2017 und 2019 stets in Regierungsverantwortung. In der Phase der Alleinregierung 1970/1 bis 1983 setzte sie auf eine nachholende Modernisierung des Landes (insbesondere durch Eingliederung in deutsche Kapitalkreisläufe), trotzte der Wirtschaftskrise (u.a. durch Ausbau des Dienstleistungssektors), initiierte strukturelle Reformen von Gesellschaft und Machtverhältnissen, baute den Wohlfahrtsstaat aus und dominierte die politische Landschaft. Auf dem Höhepunkt 1979 erreichte die SPÖ ein Wahlergebnis von 51 Prozent und organisierte mit 721.262 Mitgliedern (Müller 1996: 302) fast 14 Prozent der Wahlberechtigten. Dabei vertrat sie eine für alle Parteiteile (und in den 1970er und 1980er Jahren auch für soziale Bewegungen) inklusive Programmatik, die ihre Bezüge zum (Austro-)Marxismus nicht versteckte, sondern diese auch für den Übergang von der Klassen- zur Volkspartei nutzte.

Als die traditionelle Strategie der SPÖ in den 1980er Jahren in die Krise geriet, waren ihr Auftritt und ihre Leistungen vergleichsweise immer noch beachtlich. Sie blieb stärkste Kraft und stellte in Koalitionen mit der im Neokorporatismus bedeutungslosen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) (1983–1986) und anschließend der ÖVP (1987–1999) den Bundeskanzler. Die missliche Lage, einen Koalitionspartner wählen zu müssen, erlaubte der SPÖ, die wachsende Diskrepanz zwischen Programmatik und Regierungspraxis auf die Koalitionsnotwendigkeit zu schieben. Während damit innerparteilich die Orientierungslosigkeit einigermmaßen kompensiert werden konnte, verschlechterten sich die Wahlergebnisse: Bis zur Wahl 1999 sackte die Partei auf 33 Prozent ab. Die Regierungslinie schwächte stufenweise die Orientierung auf Vollbeschäftigung ab und gab die expansive Steuerpolitik für das Ziel der Budgetkonsolidierung auf. Die wachsende Politikkonvergenz in Richtung Wettbewerbsstaatlichkeit war dabei einerseits mit der Strukturkrise der verstaatlichten Industrie verbunden, andererseits mit dem verbindenden Regierungsprojekt des EU-Beitritts, der 1995 erfolgte. Die Krise der „Verstaatlichten“ – ein Fünftel der Beschäftigten inklusive des sozialdemokratisch kontrollierten Bankensektors – stellte für die Parteiverhältnisse der SPÖ eine besondere Herausforderung dar. Die „Verstaatlichte“ war ein zentraler Bestandteil der direkten materiellen Absicherung der sozialen Basis der SPÖ. Ihre Krise wurde in Form von Konsolidierungen, Umgliederungen und

ab 1993 mittels (Teil-)Privatisierungen bearbeitet. Im EU-Binnenmarkt wurde eine neue Möglichkeit gesehen, dank Investitionen positive Beschäftigungseffekte zu erzielen, auch wenn dies mit einer „Modernisierung“ von Sozialstaatlichkeit erkaufte werden musste. Ähnlich verliefen Debatten in anderen sozialdemokratischen Parteien Europas (Bailey 2009: 95ff.). Das Versprechen auf Wachstum und Beschäftigungsimpulse konnte die Parteikohäsion sicherstellen.

Das Parteiprojekt der SPÖ während der Großen Koalition war von einer brüchigen Identität gezeichnet. Da Wettbewerbsorientierung und Sozialabbau im politischen Spektrum zu einem unhinterfragten Moment wurden, wandten sich Wählende zunehmend ab. Die politische Debatte wurde stark von der Unzufriedenheit mobilisierenden und aufsteigenden FPÖ bestimmt, die bei der Wahl 1999 bereits 26,9 Prozent erzielte und sich mit Standortnationalismus, Sozialstaatsfeindlichkeit und Rassismus gegen die etablierten Parteien richtete (Becker 2000: 101f.). Die SPÖ antwortete darauf ambivalent: einerseits mit einer vergangenheitspolitischen Kehrtwende, die den österreichischen „Opfermythos“ beseitigte, andererseits mit restriktiver Migrationspolitik und institutionellem Rassismus auf dem Arbeitsmarkt. Nach erfolgtem EU-Beitritt fand in der Großen Koalition ein Kräftemessen um die Frage statt, wie stark der Staatshaushalt saniert werden sollte. Als die ÖVP vom wirtschaftsliberalen Flügel übernommen wurde, der 1995 eine Neuwahl einleitete, ging die Sozialdemokratie gestärkt hervor und gewann kurzfristig neue Zuversicht. In der folgenden Legislaturperiode fand unter dem Eindruck der Wahlerfolge Clintons und Blairs und der verbundenen Parteierneuerung eine partielle Übernahme des blairistischen Diskurses statt, die zugleich von einer neuen Politikergeneration umgesetzt wurde. Viktor Klima (1997–1999) übernahm von Franz Vranitzky (1986–1997) den Parteivorsitz und die Regierungsgeschäfte und führte dessen widersprüchlichen Managerialismus im Wesentlichen fort.

Die größten Veränderungen des Parteiprojekts zeigten sich entlang des 1998 beschlossenen Parteiprogramms, das in der Stoßrichtung sehr marktfreundlich und wohlfahrtsstaatskritisch war. In seinen „politischen Perspektiven“ priorisierte es die Märkte in einer Neugewichtung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie und richtete Wohlfahrtsstaatlichkeit auf „sozial Schwächere“ aus (SPÖ 1998; Nowotny 2016: 19). Das Parteiprogramm hatte vor allem den Zweck, die bisherige politische Praxis ideologisch abzusichern und gegenüber dem eher links eingestellten Funktionsapparat zu behaupten. Dieser setzte in einem Grundsatzteil Bekenntnisse zu einer „Gesellschaft [...], in der die Klassengegensätze überwunden sind“ bzw. eine „Gesellschaft ohne [...] Herrschaftsverhältnisse“ (SPÖ 1998: I.1. und II.1.) durch, mit denen das Narrativ des Programms unterminiert wurde. Da konkretere politische Vorhaben fehlten, durch die sich das alte Programm von 1978 noch auszeichnete, traten diese Widersprüche jedoch

nicht offen hervor. Die Identität der Partei erschöpfte sich künftig in der Zugehörigkeit zu einer europaweit erfolgreichen Parteifamilie, Visionen fehlten. Der Nationalratswahlkampf 1999 fokussierte auf den Spitzenkandidaten Klima, der im Trio mit Blair und Schröder unter dem Slogan „Gemeinsam in ein neues Europa“ plakatiert wurde.

Die Wahl 1999 war für die SPÖ ein doppeltes Debakel: Auf die Niederlage folgten demütigende Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP, die bereits auf eine Machtperspektive mit der FPÖ setzte und auf eine Verschärfung neoliberaler Reformen drängte. Während Teile der SPÖ damals zugunsten einer Regierungsbeteiligung die Demütigung zu akzeptieren bereit gewesen wären, stieg der Gewerkschaftsflügel angesichts eines Plans für eine Pensionsreform auf die Barrikaden (Liegl 2006: 40). Mit dem Amtsantritt der schwarzblauen Regierung im Februar 2000 wurde aus der SPÖ entgegen dem europaweiten Trend eine Oppositionspartei. Ohne Regierungsverantwortung blieb ihr in der Hochphase des Blairismus eine Umsetzung der blairistischen „Politik der Mitte“ in die Praxis erspart. Innerparteilich führte die Oppositionszeit sogar zu einer Annäherung an den Gewerkschaftsflügel. Dies erfolgte einerseits aufgrund der neoliberalen Regierungspolitiken, vor allem jenen der Schwächung der Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen sowie ihrer Machtbastionen im Neokorporatismus, andererseits deshalb, weil die SPÖ auf die Expertise und die Ressourcen von Österreichischem Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer angewiesen war.

Das Parteiprojekt war dennoch dem Blairismus verhaftet, wie die Vision der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ aufzeigte, die vom neuen Vorsitzenden Gusenbauer (2000–2008) aufgebracht wurde. Er war ein Kompromisskandidat zwischen einem gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Flügel sowie einem sozialkonservativen Flügel. Obwohl die Partei in der Opposition Schwierigkeiten hatte, Tritt zu fassen, konnte sie in Teilbereichen erfolgreich die „soziale Kälte“ der Regierung brandmarken und damit in der Wahl 2002 Zugewinne verzeichnen. Nach der Wahl 2006 und einer Implosion des zerspaltenen Koalitionspartners der ÖVP fiel der SPÖ die Regierungsverantwortung unerwartet in die Hände. Unvorbereitet stolperte man in Koalitionsverhandlungen mit einer ÖVP, die sich in der allgemeinen und auch internen Wahrnehmung politisch im Regierungsprogramm wie personell in der Aufteilung der Ministerien durchsetzen konnte. Gusenbauer erwies sich in der Neuauflage der Großen Koalition in mehrfacher Hinsicht ungeeignet, deren frühere Routinen zu überwinden und die innerparteilichen Spannungen zu besänftigen, nachdem mehrere rote Linien überschritten wurden. Im Vorfeld der Wahl 2006 hatte Gusenbauer einen Skandal um verschleierte Verlustgeschäfte der gewerkschaftseigenen Bank BAWAG dafür genutzt, den gewerkschaftlichen Einfluss in der Partei zurückzudrängen, um die Partei liberaler und stärker auf die politische Mitte hin auszurichten.

Der Kurs wurde Gusenbauer zum Verhängnis, als die von ihm geführte Regierung einen Automatismus zur Anhebung des Rentenalters aufbrachte und als notwendige Modernisierung des Sozialstaats präsentierte. Mit diesem Projekt nahm die Entfremdung von Parteiführung und Basis ein explosives Ausmaß an. Programmatik und Politik der Partei schienen in der innerparteilichen Wahrnehmung nicht nur Anleihen am Blairismus zu nehmen, sondern erinnerten auch an die Sozialkürzungspolitik unter der schwarzblauen Regierung, die 2003 gegen gewerkschaftliche Mobilisierung eine Pensionsreform durchpeitschte. Im Vorfeld einer durch die ÖVP vom Zaun gebrochenen Neuwahl 2008 wurde Gusenbauer schließlich von den Gewerkschaften und der Wiener SPÖ als Parteivorsitzender und später als Spitzenkandidat abgesetzt. Die „Politik der Mitte“ wurde programmatisch ad acta gelegt.

## Postblairistische Parteienprojekte der österreichischen Sozialdemokratie

Die Wahlauseinandersetzung 2008 unter Nachfolger Werner Faymann (2008–2016) brachte Neuerungen mit sich, die es erlauben, von einem Übergang in eine postblairistische Phase zu sprechen. Mehrere Elemente wurden hierbei zu einem neuen Parteiprojekt kombiniert: Erstens setzte die SPÖ im Rahmen eines „freien Spiels der Kräfte“ im Vorfeld der Wahl einige soziale Maßnahmen im Parlament durch, die in einem „Programm gegen die Teuerung“ verbunden und als Korrektur zur „sozialen Kälte“ präsentiert wurden. Es sind vor allem diese Maßnahmen, die der SPÖ bei der Wahl 2008 in einer unerwarteten Aufholjagd gegenüber den Umfragen trotz harter Verluste (29,3 Prozent, minus 6 Prozent) den ersten Platz sicherstellten. Indem sie mit einzelnen populären politischen Maßnahmen punktete, konnte sie eine Identität entwickeln, die nicht allein auf der Abgrenzung vom politischen Gegner beruhte. Als Folge setzte bei der ÖVP eine turbulente Krisenentwicklung ein, die vor allem mit der fehlenden Machtperspektive jenseits der SPÖ verbunden war und erst unter Sebastian Kurz gestoppt werden konnte (Puller 2018). Zweitens gelang es der Partei unter Faymann, die zerstörte innerparteiliche Kohäsion wieder partiell herzustellen, insbesondere durch Reintegration des Gewerkschaftsflügels in Partei und Regierung. Mit neuer Schlagkraft und Zuversicht trat die SPÖ in eine neuerliche Große Koalition ein, die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ab 2008 Maßnahmen eines sozialpartnerschaftlichen Krisenkorporatismus umsetzte: Abfederung der Krisenfolgen durch Bankenpakete ohne Gegenleistung, Beschäftigungsmaßnahmen und Budgetkonsolidierung mit geringen Verteilungseffekten. Dennoch nahmen Arbeitslosigkeit und Armut zu – wenn auch nicht so stark wie in anderen Ländern.

Das Parteiprojekt unter Faymann ordnete die Machtverhältnisse in der SPÖ neu und richtete sich mittels des Themas der sozialen Gerechtigkeit auf die Mobilisierung der traditionellen sozialen Basis aus. Von Stabilität waren die Parteiverhältnisse jedoch weit entfernt. Die Krisenfolgen und die soziale Ungleichheit begleiteten die Zeit unter Faymann und sorgten (gemeinsam mit Beschlüssen wie dem Fiskalpakt) innerparteilich für Druck, die Parteilinie nach links zu verschieben. Die Partei reagierte darauf mit der Übernahme von Gewerkschaftspositionen in einzelnen Politikfeldern (besonders deutlich im Rahmen der Lohnsteuerreform 2015) sowie ab 2011 auch mit der zögerlichen Übernahme der von linken Parteiteilen vorgebrachten Forderung nach moderaten Spitzeneinkommens-, Vermögenszuwachs- und Erbschaftssteuern. Obwohl deren Umsetzung in der Großen Koalition undenkbar war, wurden diese Forderungen zu einem Kern des Parteiprojekts. Als Ausgleich für die Bankenpakete konnte eine moderate, auf einige Jahre befristete „Bankenabgabe“ durchgesetzt werden; medienwirksam wurde auch eine auf europäischer Ebene zu etablierende Finanztransaktionssteuer in die Budgetplanungen 2014 bis 2016 aufgenommen, die allerdings keine Aussicht auf Erfolg hatte. Wiewohl damit intern die Partei ideologisch zusammengehalten wurde, verlor sie zunehmend an Rückhalt. Von den 20 Wahlen während der Zeit Faymanns verzeichnete die SPÖ bei 18 Wahlen Verluste. Wahlenthaltung bei Kernwählenden und die Rückkehr der FPÖ als zentrale Oppositionskraft, die soziale Missstände, Konkurrenz und Arbeitsdruck auf dem Arbeitsmarkt rassistisch umdeutet, zeigten das Ausmaß des Glaubwürdigkeitsdefizits der SPÖ auf. Als Reaktion darauf wurde die (moralisch begründete) Frontlinie gegen die FPÖ zunehmend in Frage gestellt, die sich innerparteilich unter Faymann zu einem letzten Rest ideologischer Gewissheit entwickelte und zum Hauptthema auf Parteitage aufstieg: Quer durch viele Parteiteile und auch in Gewerkschaften wurde die These vertreten, die schlechte Performance der SPÖ sei auf das strategische Dilemma fehlender Alternativen zu einer parlamentarischen Mehrheit mit der ÖVP zurückzuführen. Beendete man die Praxis, die FPÖ von der Koalitionsbildung auszuschließen, könnte sich die SPÖ auch wieder gegenüber der ÖVP durchsetzen oder eben mit der FPÖ eine Regierung bilden. Diese bis heute andauernde Debatte ist ein Ausdruck der schweren Identitätskrise der SPÖ. Unter Bedingungen der postpolitischen Abwesenheit inhaltlicher Debatten entwickelte sie sich zum zentralen Feld der Auseinandersetzung und polarisiert zwischen einem progressiv-liberalen Flügel und einem sozialkonservativeren, der auf das Thema „Sicherheit“ setzt. Konflikte entzündeten sich regelmäßig, vor allem entlang der Koalitionsbildung der SPÖ mit der FPÖ auf Landesebene im östlichen Burgenland und angesichts eines Positionswechsels Faymanns in der Flüchtlingspolitik. Spätestens mit der populistischen Umsetzung von Flüchtlings-„Obergrenzen“ und Grenzkontrollen durch

die Große Koalition Anfang 2016 zerbrach die innerparteiliche Kohäsion. Die Parteiflügel traten in einen offenen Konflikt. Schließlich gab Faymann mangels Unterstützung in den Gremien seine Funktion auf.

Die Parteiteile konnten sich nur auf die Fortführung der Großen Koalition einigen, jedoch weder auf eine inhaltliche Linie noch auf eine Führungsfigur aus dem Apparat. Deshalb wurde mit Christian Kern (2016–2018) auf einen Manager der verstaatlichten Industrie im Partei Umfeld gesetzt, der seine Position als Konzernchef der Bundesbahnen bereits seit längerem dafür nutzte, sich politisch ins Spiel zu bringen. Er begeisterte die von Debattenarmut geprägte Partei mit Eloquenz und intellektuellem Esprit, Medienprofessionalismus, neuen Ideen einer „unternehmerischen Staatlichkeit“ sowie dem Vorschlag, den Wohlfahrtsstaat mit einer Wertschöpfungsabgabe zu finanzieren (Kern 2016). Kern richtete das Parteiprojekt auf eine Erneuerung der Großen Koalition aus und entwickelte hierfür ein nach den Regeln der PR gut vermarktetes Programm namens „Plan A“ (SPÖ 2017a), das in seiner Programmatik auf Investitionsankurbelung setzte. Mittels staatlicher Investitionen, Entbürokratisierungen und auch der Flexibilisierung von Arbeitszeiten sollten Unternehmensgründungen, Wachstum und Beschäftigung gefördert werden. Als Gegenleistung für die Erneuerung der Großen Koalition wurde auf die von der ÖVP abgelehnten Forderungen nach Erbschafts- und Vermögenssteuern weitgehend verzichtet (bis auf eine symbolische Erbschaftssteuer auf sehr große Vermögen). Die Aufbruchsstimmung ging mit Mitgliederzuwachs, aber auch mit einer weiteren Autonomisierung der Parteiführung einher, die den Gewerkschaftsflügel eher auf Distanz hielt und mit Unterstützung der Landesparteien auf externe Persönlichkeiten für Regierungsposten setzte. Die Autonomisierung ist auch und in erster Linie ein Ergebnis der Schwäche der Parteistrukturen. Die neue Regierungsperspektive befriedete die Flügelkämpfe vorläufig, deren weiteres Auftauchen über einen Kriterienkatalog zur Bewertung von Koalitionsvarianten sowie mittels eines neuen Parteiprogramms bearbeitet wurde. Die Befriedung blieb jedoch prekär, einerseits weil der Kriterienkatalog (SPÖ 2017b) unkonkret blieb, um beiden Positionen Rechnung tragen zu können, andererseits weil das neue Parteiprogramm (SPÖ 2018) kein die Partei einendes politisches Projekt formulierte. Es zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es die nach innen gerichteten Wertebezüge gar nicht oder kaum mehr mit Überlegungen zu politischer Praxis verknüpft. Statt die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu thematisieren, die für eine Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie erforderlich sind, geht der Text vielmehr von ihrer grundsätzlichen Unveränderbarkeit aus.

Das Parteiprojekt unter Kern hatte sicherlich ambivalente Kohäsionskräfte, scheiterte aber nicht in erster Linie an sich selbst, sondern an der Aufkündigung der Großen Koalition durch die ÖVP im Mai 2017. Mit der internen Macht-

übernahme der ÖVP durch Sebastian Kurz wurde deren neoliberale Agenda der Stärkung der Interessen von Vermögensbesitzenden verknüpft mit einer neo-nationalistischen Orientierung, dem rechtspopulistischen Narrativ angeblicher Gefahren der Einwanderung durch Asylsuchende und einer Machtperspektive mit der FPÖ. Im Wahlkampf konnte die Sozialdemokratie mit einer staatsmännischen Ausrichtung nicht reüssieren, integrierte das die Parteiteile verbindende Thema der sozialen Gerechtigkeit nur zaghaft und zu spät. Mehr als ambivalent begab sie sich selbst auf das Terrain des Asylthemas und hatte dann noch mit Skandalen (um verdeckt beauftragtes Dirty Campaigning gegen Kurz) in der unprofessionell geführten Kampagne zu kämpfen. Trotz fehlender politischer Identität und Machtperspektive mobilisierte die Partei erfolgreich mit der Gefahr einer drohenden Neuauflage einer Koalition aus ÖVP und FPÖ und konnte ihr letztes Wahlergebnis halten. Den Weg in die Opposition musste sie dennoch antreten.

Der Verlust von Regierungsverantwortung hat die SPÖ um den letzten, die Partei einenden Bezugspunkt gebracht. Es fällt seit der Wahl 2017 schwer, überhaupt eine strategische Orientierung zu erkennen, nachdem eigene Initiativen ausblieben und Oppositionsarbeit auf Sparflamme gestellt wurde. Diese Lethargie ist dabei nicht nur auf Christian Kerns schwindendes persönliches Interesse an der Rolle des Oppositionschefs zurückzuführen. Als dieser den Parteivorsitz ohne Begründung niederlegte und mit Pamela Rendi-Wagner (seit Dezember 2018) eine Quereinsteigerin und frühere Ministerin unter Kern in die Position gewählt wurde, änderte sich an der mangelnden Strategiefähigkeit nur wenig. Das Konzept der Partei als „lose verkoppelter Anarchie“ (Lösche 1992) kommt der Charakterisierung der SPÖ heute sehr viel näher als der Charakterisierung von Volksparteien der 1990er Jahre, wie ursprünglich angedacht. Das strategische Zentrum der SPÖ weist heute keine Führungskraft mehr auf und sofern die Partei überhaupt auf der politischen Bühne auftritt, dann nur als gesplante Gruppierung ohne Gemeinsamkeiten. Die Abwesenheit politischer Schlagkraft zeigt sich an der Episode, dass die Partei selbst zum Regierungsvorschlag einer „präventiven Sicherungshaft“ (!) für Asylwerbende tagelange öffentliche Positionsfindung betrieb, statt sich klar zu deklarieren. Als die Kurz-Regierung über den Ibiza-Skandal stolperte und im Parlament über keine Mehrheit mehr verfügte, diskutierte die Partei mehr als eine Woche lang, ob man Kurz stürzen oder seine Popularität akzeptieren sollte. Bislang profitierte die SPÖ nicht von dem Skandal und müht sich damit ab, im Parteienwettbewerb überhaupt eine wahrnehmbare Rolle einzunehmen.

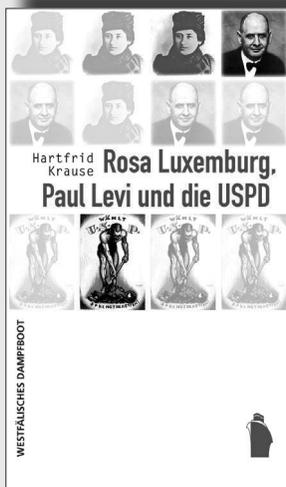
## Fazit

Die Parteipolitik ist voller Überraschungen und die Sozialdemokratie eine wandlungsfähige Parteienfamilie. Die Zukunft der SPÖ ist offen. Sofern es ihr jedoch nicht noch gelingt, die Implosion der ÖVP-FPÖ-Regierung im Mai diesen Jahres für sich zu nutzen, wird sie bei den Wahlen im September 2019 aller Voraussicht nach die schwerste Niederlage ihrer Geschichte erleben. Die SPÖ war im Vergleich mit ihren Schwesterparteien lange Zeit eine erfolgreiche und fidele sozialdemokratische Partei. Die Krise, in der sie sich aktuell befindet, ist jedoch nicht kurzfristiger Natur, sondern entspricht der allgemeinen Krise der europäischen Sozialdemokratie. Die SPÖ bildet dabei einen doppelten Sonderfall. Erstens sind ihre Regierungsphasen gegenüber ihren Schwesternparteien zeitlich invers verschoben. Die Hochphase des Blairismus erlebte sie in der Opposition 2000 bis 2006. Dennoch hat der Blairismus die Identität der Partei geprägt und ein Parteiprojekt dominiert, dessen Widersprüche und Instabilitäten in einer kurzen Regierungsphase unter Gusenbauer offensichtlich wurden. Zweitens hat die SPÖ eine Verschiebung in Richtung des Postblairismus vorgenommen, die nicht in der Opposition, sondern als Bruch in einer Regierungsphase stattfand, bevor die Partei an einer Wahlniederlage zu scheitern drohte. Wie die Turbulenzen der Parteiprojekte unter Faymann, Kern und Rendi-Wagner zeigen, hat der Postblairismus auch die Krise der SPÖ nicht gelöst, sondern sie lediglich verschoben und verzögert. Dessen rein symbolische Adressierung der sozialen Frage in vagen postpolitischen Bezugnahmen auf „soziale Gerechtigkeit“ weisen kaum noch politische Anziehungskraft auf, können kaum stabile Parteiprojekte hervorbringen und haben sukzessive die Strategiefähigkeit der Sozialdemokratie unterminiert. Eine Erneuerung der Sozialdemokratie ist ohne eine Überwindung des Postblairismus (etwa in Form eines Neosozialismus; vgl. Brand 2019) kaum denkbar. In der SPÖ liegen dafür vergleichsweise günstige Bedingungen vor. Trotz geschwundener materieller, organisatorischer und symbolischer Ressourcen verfügt die SPÖ noch immer über Kapazitäten, von denen andere Sozialdemokratien nur träumen können: Über den Neokorporatismus hat sie einen stabilen Zugang zu Staatsapparaten und Staatswissen, sie repräsentiert immer noch konkurrenzlos die gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenschaft, und sie verfügt über eine mitglieder- und ressourcenstarke Parteioorganisation, die in der Fläche präsent und mobilisierbar ist. Für die drängende Frage, ob sich die Sozialdemokratie in Europa überlebt hat oder ihr eine Zukunft beschert ist, ist die kommende Entwicklung der SPÖ sicherlich ein bedeutender Gradmesser.

## Literatur

- Alemann, Ulrich von (1999): Der Wahlsieg der SPD von 1998. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*. Opladen: 37-62.
- /Spier, Tim (2011): Die SPD nach der Bundestagswahl 2009. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Opladen: 57-77.
- Bailey, David J. (2009): *The Political Economy of European Social Democracy. A critical realist approach*. London.
- Becker, Joachim (2000): Verspätung und Avantgardismus. Zur politischen Ökonomie des gesellschaftlichen Umbruchs in Österreichs. In: *Kurswechsel* 4/2000: 95-109.
- Brand, Ulrich (2019): Eine Sozialismusdebatte ist dringend geboten. URL: [derstandard.at/story/2000102985019/eine-sozialismusdebatte-ist-dringend-geboden](http://derstandard.at/story/2000102985019/eine-sozialismusdebatte-ist-dringend-geboden), Zugriff: 23.6.2019.
- Butterwegge, Christoph (2015): *Hartz IV und die Folgen*. Weinheim.
- Dahrendorf, Ralf (1983): *Die Chance der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*. Stuttgart.
- Evans, Geoffrey/Tilley, James (2017): *The New Politics of Class. The Political Exclusion of the British Working Class*. Oxford.
- Finlayson, Alan (2009): Planning People: The Ideology and Rationality of New Labour. In: *Planning, Practice & Research* 24(1): 11–22. <http://doi.org/10.1080/02697450902742122>.
- Gallas, Alexander (2016): *The Thatcherite Offensive. A Neo-Poulantzian Analysis*. Leiden.
- Giddens, Anthony (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Cambridge.
- Goes, Eunice (2016): *The Labour Party under Ed Miliband. Trying but failing to renew social democracy*. Manchester.
- Hall, Stuart (2014a): New Labours doppelte Kehrtwende. In: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*, Ausgewählte Schriften, Bd. 5. Hamburg: 133-146.
- (2014b): „Die soziale Frage soll nicht gestellt werden“. In: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*, Ausgewählte Schriften, Bd. 5. Hamburg: 166-171.
- Hannah, Simon (2018): *A Party with Socialists in it. A History of the Labour Left*. London.
- Jessop, Bob (2018): Bonapartismus ohne Bonaparte. Von Thatcher über Blair zum Brexit. In: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hg.): *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*. Berlin: 93-112.
- Joyce, Robert/Sibieta, Luke (2013): An assessment of Labour's record on income inequality and poverty. In: *Oxford Review of Economic Policy* 29(1): 178-202. <http://doi.org/10.1093/oxrep/grt008>.
- Jones, Owen (2011): *Chavs. The Demonisation of the Working Class*. London.
- Kern, Christian (2016): Europa muss wieder gerechter werden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.9.2016: 6.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge.
- Liegl, Barbara (2006): Die SPÖ. In: Tólos, Emmerich (Hg.): *Schwarz-Blau. Eine Bilanz des 'Neu Regierens'*. Wien: 38-52.
- Lösche, Peter (1992): Zur Metamorphose der politischen Parteien in Deutschland. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 9/1992: 531-537.
- Merkel, Wolfgang (1993): *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt/M.
- u.a. (2008): *Social Democracy in Power. The Capacity to Reform*. London.
- Miliband, Ed (2011): The Labour party still has to change (14.1.2011). URL: [theguardian.com/commentisfree/2011/jan/14/labour-oldham-progressives-champion](http://theguardian.com/commentisfree/2011/jan/14/labour-oldham-progressives-champion), Zugriff: 23.6.2019.
- Moschonas, Gerassimos (2002): *In the Name of Social Democracy. The Great Transformation: 1945 to the Present*. London.

- Mouffe, Chantal (2018): *For A Left Populism*. London.
- Müller, Wolfgang C. (1996): Die Organisation der SPÖ, 1945–1995. In: Ders./Maderthaner, Wolfgang (Hg.): *Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995*. Wien: 195-356.
- Nachtwey, Oliver (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden.
- Nowotny, Thomas (2016): *Das Projekt Sozialdemokratie*. Innsbruck.
- Przeworski, Adam (1985): *Capitalism and social democracy*. Cambridge.
- Puller, Armin (2018): Die ÖVP unter Sebastian Kurz. In: *Kurswechsel* 3/2018: 9-18.
- Sassoon, Donald (2010): *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*. London.
- Schneider, Etienne (2017): *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?* Hamburg.
- Seymour, Richard (2017): *Corbyn. The strange rebirth of radical politics*. London.
- SPÖ (1998): *Das Grundsatzprogramm*. Wien.
- (2017a): *Plan A. Das Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune*. Wien.
- (2017b): *Ziele & Werte für Österreich. Wertekompass der SPÖ*. Wien.
- (2018): *Grundsatzprogramm*. Wien.
- Walter, Franz (2010): *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. Berlin.



## Hartfrid Krause Rosa Luxemburg, Paul Levi und die USPD

2019 – 198 Seiten – 25,00 €  
ISBN 978-3-89691-274-9

